

**EXKLUSIV-INTERVIEW****„Weltbeste Lehrer für die weltbeste Bildung“**

Sicherheit und Bildung sind wichtige Themen für **Christian Lindner**, Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. Wir sprachen mit dem Bundesvorsitzenden der FDP über die Ausstattung von Polizei und Justiz, Digitalisierung im Lehrberuf und Förderung im Vorschulbereich.

[Lesen Sie das ganze Interview](#)

**JUBILÄUM****BBBank und dbb vorsorgewerk kooperieren seit 10 Jahren**

Seit einem Jahrzehnt ist die BBBank die Bank im dbb vorsorgewerk. Dadurch ist sie exklusiver Bankpartner für die rund 1,3 Millionen Mitglieder des dbb beamtenbund und tarifunion sowie deren Familienangehörige. Das Jubiläum würdigten BBBank und die Spitzenvertreter des dbb beamtenbund und tarifunion und seiner Fachgewerkschaften bei einer Feierstunde in Berlin. Als Gast war der Geschäftsführer des DBW, Uwe Tillmann, eingeladen.

[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)

**TIPP:** Jetzt zur BBBank wechseln und 100 Euro dbb-Jubiläumsvorteil bis zum 31. August sichern [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)

**AKTIONSTAG****Tag des öffentlichen Dienstes**

Am 23. Juni fand der Tag des internationalen öffentlichen Dienstes statt. Er wurde im Jahr 2003 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um weltweit ein Bewusstsein für die Leistungen des öffentlichen Dienstes zu schaffen und über seine Arbeit zu informieren. In diesem Jahr hat Deutschland an diesem Tag mit einem Aktionstag ein deutliches und sichtbares Zeichen gesetzt.

[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)



## DEUTSCHER BEAMTENWIRTSCHAFTSRING

**Hauptversammlung bestätigt die bisherigen Vorsitzenden**

Astrid Hollmann und Dr. Karsten Schneider stehen weiter an der Spitze des Deutschen Beamtenwirtschaftsring e.V. (DBW). Bei der alle zwei Jahre stattfindenden Hauptversammlung (HV) des DBW wählten die Vertreter der Mitgliedsinstitutionen die beiden gleichberechtigten Vorsitzenden einstimmig. Bei den Wahlen zum DBW-Vorstand wurden auch die beiden Vorstandsvorsitzenden der BBBank, Prof. Dr. Wolfgang Müller, und der Debeka, Uwe Laue, in ihren Ämtern einstimmig bestätigt.

[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)



## JUBILÄUM

**Jetzt mitfeiern und gewinnen**

Das kostenlose Bezügekonto\* feiert Geburtstag: Seit 10 Jahren bietet die BBBank Beamten und Arbeitnehmern aus dem öffentlichen Dienst dieses spezielle Konto an, mit vielen besonderen Mehrwerten. Wir freuen uns über dieses Ereignis - feiern Sie mit uns und gewinnen Sie einen von 10 Event-Gutscheinen im Wert von je 500 Euro.

[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)

\* Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

## MICHAEL LUTZ BERICHTET

**Danke, dass es euch gibt.**

Am 23. Juni 2017 war der von den Vereinten Nationen ausgerufene „Tag des öffentlichen Dienstes“. Als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte gegründet, fühlt sich die BBBank dem öffentlichen Dienst immer in besonderer Weise verbunden. Daher war dieser Tag für die BBBank ein guter Anlass, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu danken und ihr Engagement zum Gemeinwohl zu würdigen.

In einer bundesweiten Aktion überraschten Mitarbeiter der BBBank am 23. Juni die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in vielen Einrichtungen mit einem leckeren Eis. Das erfrischend-kühle „Dankeschön“ der BBBank wurde von allen mit großer Begeisterung angenommen. Überzeugen auch Sie sich von unseren besonderen Vorteilsangeboten für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes!

Michael Lutz ist Direktor Öffentlicher Dienst bei der BBBank



## Kurz & bündig

### Bertelsmann-Studie: Schulsystem ist Schüler-Boom nicht gewachsen

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung sagt einen dramatischen Engpass an Lehrkräften und Schulen voraus: Zehntausende Lehrer und Klassenräume fehlten. „Es muss jetzt schnell gehandelt werden“, fordert die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe...

### Besoldung: Verfassungsgericht betont Leistungsgrundsatz

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die Bedeutung und Inhalte der sogenannten hergebrachten Grundsätze für die Beamtenbesoldung unterstrichen. Der Freistaat Sachsen muss wegen eines Verstoßes dagegen seine Gesetzgebung rückwirkend ändern, wie das BVerfG am 7. Juli 2017 mitteilte...

### Sachsen-Anhalt: Weihnachtsgeld und Besoldungsanpassung beschlossen

Mit dem Kabinettsbeschluss vom 11. Juli 2017 führt die Landesregierung das 2005 gestrichene Weihnachtsgeld wieder ein. Daneben soll das Länder-Tarifergebnis inhalts- und zeitgleich auf die Beamten übertragen werden...

[Lesen Sie mehr zu diesen Themen](#)

### Impressum

BBBank eG  
Herrenstraße 2-10  
76133 Karlsruhe  
Telefon: (0721) 141-0  
Telefax: (0721) 141-497  
Internet: [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)  
E-Mail: [info@bbbank.de](mailto:info@bbbank.de)

Der Herausgeber dieses Newsletters ist das Marketing der BBBank eG in Karlsruhe, Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe.

Die ausschließlichen Nutzungsrechte für die in diesem Newsletter verwendeten Inhalte liegen bei der BBBank eG.

Für Inhalte auf Websites anderer Anbieter, auf die dieser Newsletter verlinkt, übernimmt die BBBank eG keine Haftung.

BBBank eG  
Vorstand: Prof. Dr. Wolfgang Müller (Vorsitzender),  
Gabriele Kellermann, Oliver Lüsich  
Aufsichtsrat: Matthias Eder (Vorsitzender)  
Sitz der Genossenschaft: Karlsruhe  
Registergericht: Amtsgericht Mannheim GnR 100 003  
Zuständige Aufsichtsbehörde: Bundesanstalt für  
Finanzdienstleistungsaufsicht  
Sektor Bankenaufsicht  
Graurheindorfer Str. 108  
53117 Bonn

Der Nutzung Ihrer (E-Mail-)Adresse zu Werbezwecken können Sie jederzeit, z. B. unter [info@bbbank.de](mailto:info@bbbank.de), widersprechen.



Kontakt

## EXKLUSIV-INTERVIEW

## „Weltbeste Lehrer für die weltbeste Bildung“

Sicherheit und Bildung sind wichtige Themen für Christian Lindner, Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. Wir sprachen mit dem Bundesvorsitzenden der FDP über die Ausstattung von Polizei und Justiz, Digitalisierung im Lehrberuf und Förderung im Vorschulbereich.

**Die FDP setzt sich in Ihrem Wahlprogramm für „effektive Sicherheitsbehörden“ ein und fordert eine Haushaltspriorität für Polizei und Justiz. Damit verbunden soll deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen. Können Sie das präzisieren, Herr Lindner?**

Menschen wollen Freiheit und Sicherheit. Doch wer die Freiheit der Sicherheit opfert, wird am Ende beides verlieren. Deshalb wollen wir effektive Sicherheitsbehörden, die Sicherheit als den Schutz der Freiheit begreifen. Sie sollen objektiv in die Lage versetzt werden, mit angemessener Ausstattung und professioneller Organisation ihren gesetzlichen Aufträgen nachzukommen. Das ist besser, als jeden Tag Gesetzesverschärfungen symbolisch zu diskutieren, die am Ende nur Freiheit kosten und die ohnehin niemand effektiv umsetzt. Deswegen muss eine Haushaltspriorität für Polizei und Justiz gelten und für diese beiden klassischen Hoheitsaufgaben des Staates deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen. Aktuell werden Ermittlungen wegen Arbeitsüberlastung eingestellt und die Verfahrensdauer steigt. Es ist höchste Zeit für ein Umdenken bei Bund und Ländern. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Eine vernünftige Personal- und Sachausstattung von Polizei und Justiz ist die effektivste Waffe im Kampf gegen Verbrecher.

**Ein weiterer Schwerpunkt soll die „Digitalisierung der Bildung“ sein. Die FDP will die „weltbesten Lehrer für die weltbeste Bildung“. Welche Folgen hat das für den künftigen „Lehrberuf“?**

Weltbeste Bildung für jeden funktioniert nur mit den weltbesten Lehrerinnen und Lehrern. Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Nur dann werden sich die Besten der Herausforderung des Lehrberufs stellen. Deshalb fordern wir bessere Anreize, Auswahl und Ausbildung von Lehrern. Dazu gehört auch, bessere Lehrer besser zu bezahlen. In der Ausbildung setzen wir auf Fachlichkeit, Praxisnähe und eine Stärkung der Diagnosefähigkeit. Und unbedingt müssen die angehenden Lehrerinnen und Lehrer auf die fortschreitende Digitalisierung und Internationalisierung vorbereitet werden. Damit die Lehrerinnen und Lehrer auch über die Dauer ihrer Berufstätigkeit auf hohem Niveau arbeiten können, fordern wir eine regelmäßige, verpflichtende Fortbil-



Christian Lindner

dung. Ob bei neuen Technologien, Internationalität oder Praxiserfahrung: wir wollen den Horizont der Lehrkräfte erweitern. Dabei dürfen Lehrkräfte keine digitalen Amateure sein, sondern müssen den Kindern Lust an Fortschritt und Technik vermitteln können.

**Viele Eltern und Beschäftigte in Kita-Einrichtungen werden sich über das Versprechen der FDP freuen, die „Bezahlung und Ausbildung des Kita-Personals zu verbessern“. Was genau wollen Sie ändern?**

Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung und Ausbildung des Kita-Personals ein, weil Kitas unsere Kinder fördern und nicht nur aufbewahren und betreuen sollen. Das Motto „sicher, sauber, satt“ ist uns zu anspruchslos. Denn Kinder sind wissbegierig und besonders lernfähig. Aus dieser wunderbaren menschlichen Eigenschaft ergibt sich für uns die Pflicht, unseren Kindern Angebote zu machen, um die Welt zu erkunden; eigene Erfahrungen zu machen und Freude am Lernen und Erkunden zu gewinnen. Die frühkindliche Bildung und Förderung spielt dabei eine Schlüsselrolle. Daraus ergibt sich unser Ziel, qualifizierte frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote zu schaffen. Ganz konkret möchten wir Sport- und Musikangebote sowie Ergotherapie in den Kitabetrieb integriert werden. Dafür sind Fachkräfte nötig, die zur Anregung und Entwicklung von Kindern ausgebildet sind, die deren Probleme erkennen und Talente fördern. Für diese wichtige Aufgabe müssen Erzieherinnen und Erzieher entsprechend qualifiziert sein und sollten dafür auch angemessen bezahlt werden. ■



## JUBILÄUM

### BBBank und dbb vorsorgewerk kooperieren seit 10 Jahren

Seit einem Jahrzehnt ist die BBBank die Bank im dbb vorsorgewerk. Dadurch ist sie exklusiver Bankpartner für die rund 1,3 Mio. Mitglieder des dbb beamtenbund und tarifunion sowie deren Familienangehörige. Das Jubiläum würdigten BBBank und die Spitzenvertreter des dbb beamtenbund und tarifunion und seiner Fachgewerkschaften bei einer Feierstunde in Berlin. Als Gast war der Geschäftsführer des DBW, Uwe Tillmann, eingeladen.

In seiner Rede dankte der Vorstandsvorsitzende der BBBank, Prof. Dr. Wolfgang Müller dem dbb-Chef, Klaus Dauderstädt und dem Geschäftsführer des dbb-vorsorgewerks, Dr. Schrader für die gute und fruchtbare Zusammenarbeit. Prof. Dr. Müller hob hervor, dass der dbb eine lebendige Organisation ist und in der Behördenwelt des öffentlichen Dienstes tief verwurzelt ist. Auf dem Weg zur Hausbank des öffentlichen Dienstes ist der dbb ein wichtiger Begleiter. Schließlich spielen Beruf und Berufsethos im öffentlichen Dienst von jeher eine

tragende Rolle. Wir wissen, dass die Fachgewerkschaften des dbb einen hohen Organisationsgrad haben und sehr nah an ihren Mitgliedern sind, meinte der Bankchef.

Klaus Dauderstädt lobte die Zusammenarbeit mit der BBBank und meinte, „wir setzen auf langjährige Verbindungen“ und freuen uns daher, dass die BBBank schon seit 10 Jahren ein verlässlicher Partner im dbb vorsorgewerk ist. Auch der Geschäftsführer des dbb vorsorgewerks, Dr. Alexander Schrader würdigte die Partnerschaft mit der BBBank und dankte den rund 40 anwesenden Führungskräften der BBBank für die gute Partnerschaft. ■

**Für Mitglieder des dbb lohnt es sich in diesen Wochen noch mehr, zur BBBank zu wechseln und dort das Bezügekonto zu eröffnen. Bis zum 31. August gibt es einen Jubiläumsvorteil von 100 Euro.**

**Hier erfahren Sie mehr: [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb).**

[Zurück zur Übersicht](#)

## AKTIONSTAG

## Tag des öffentlichen Dienstes

Am 23. Juni 2017 fand der Tag des internationalen öffentlichen Dienstes statt. Dieser Tag wurde im Jahre 2003 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um weltweit ein Bewusstsein für die Leistungen des öffentlichen Dienstes zu schaffen und über seine Arbeit zu informieren.

Noch hat dieser **Tag des öffentlichen Dienstes** keine durchgreifende Bekanntheit erlangt. Aber in diesem Jahr hat Deutschland an diesem Tag mit einem Aktionstag ein deutliches und sichtbares Zeichen gesetzt. Die Idee dazu entstand in einem gemeinsamen Spitzengespräch des Bundesinnenministeriums (BMI) mit dem DGB und dem dbb beamtenbund und tarifunion im Frühjahr dieses Jahres. Die Idee knüpfte an andere, vielfältige Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten an. Zuletzt hatte das BMI im März 2017 eine EU-Konferenz zu diesem Thema organisiert.

In einer beachtenswerten und gemeinsamen Aktion haben Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière sowie der Chef des dbb beamtenbund und tarifunion, Klaus Dauderstädt, und die stellv. Bundesvorsitzende des DGB, Elke Hannack, ein Zeichen gegen die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst gesetzt. Dazu besuchten sie gemeinsam die Dienststelle der Bundespolizei im Berliner Hauptbahnhof. Dort haben sie sich von der Bundespolizei, der Feuerwehr, Rettungskräften und einer Zugbegleiterin Erlebnisse aus ihrem Arbeitsalltag schildern lassen.

Ein Polizist berichtete, dass verbale Attacken und auch körperliche Angriffe mittlerweile leider zum Arbeitsalltag gehören. Es gebe kaum Kolleginnen und Kollegen, die

nicht von solchen oder ähnlichen Erfahrungen berichten können. Auch eine Sanitäterin bestätigte, dass die Verrohung zunehme und die Aggressivität in den letzten Jahren spürbar angestiegen sei. Es komme demnach immer häufiger vor, dass die Rettungskräfte bei ihrer Arbeit durch Beschimpfungen aber auch durch Übergriffe behindert werden. Dies sei vor allem dann der Fall, wenn Alkohol im Spiel ist.

Diese Stimmen von einzelnen Beschäftigten werden leider auch von den Statistiken bestätigt. Denn es gibt einen deutlichen Anstieg an Übergriffen. Allein die Zahl der Polizeibeamten, die Opfer einer Straftat geworden sind, ist seit dem Jahr 2012 um 19 Prozent angestiegen. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer bei Fällen verbaler Gewalt gegenüber den Beschäftigten aus den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Der Bundesinnenminister hat den Anstieg der Gewalttaten und das Sinken der Hemmschwelle bei Angriffen gegenüber Polizeibeamten, als „einen unerträglichen Zustand“ bezeichnet. Gewalt richtet sich nicht nur gegen Polizeibeamte, sondern zunehmend auch gegen Rettungskräfte, gegen die Feuerwehr und gegen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

Der Aktionstag wurde in dieser Form zum ersten Mal durchgeführt und knüpft an eine gemeinsame Kampagne mit den Gewerkschaften an. Unter dem Motto „Für Sie RESPEKT für mich“ soll die Öffentlichkeit einerseits für die Problematik der zunehmenden Gewalt sensibilisiert und andererseits der Respekt für die Beschäftigten und ihre Arbeit geweckt, erhalten und gestärkt werden. ■

[Zurück zur Übersicht](#)



*Der neu gewählte Vorstand des DBW (v.l.n.r.): Nils Kammradt (ver.di/DGB), Uwe Laue (Versicherungen), Rainer Saalfrank (Einkaufsvorteile), Astrid Hollmann (dbb/DBW-Vorstandsvorsitzende), Uwe Tillmann (Geschäftsführer des DBW), Dietmar Knecht (dbb), Prof. Dr. Wolfgang Müller (Bankdienstleistungen) und Bernd Hertweck (Bausparen). Nicht im Bild der wiedergewählte Vorstandsvorsitzende, Dr. Karsten Schneider.*

Foto: Eduard N. Fiegel

## DBW

# Hauptversammlung bestätigt die bisherigen Vorstandsvorsitzenden

Astrid Hollmann und Dr. Karsten Schneider stehen weiter an der Spitze des Deutschen Beamtenwirtschaftsring e.V. (DBW). Bei der alle zwei Jahre stattfindenden Hauptversammlung (HV) des DBW wählten die Vertreter der Mitgliedseinrichtungen die beiden gleichberechtigten Vorsitzenden einstimmig.

Tagungsort der HV war dieses Mal Münster. In ihrer mündlichen Ergänzung zum Geschäftsbericht hatte Astrid Hollmann auch einige übergeordnete und aktuelle Themen angesprochen, die den Rahmen für den öffentlichen Dienst und die dort beschäftigten Mitarbeiter ebenso setzen, wie für die wirtschaftlichen Einrichtungen des DBW.

Der DBW ist inzwischen 66 Jahre alt und wurde am 26. Mai 1951 in Hattenheim (Rheingau) gegründet. Die Konstruktion des DBW ist insgesamt auf Ausgleich und Kooperation angelegt. Dies findet auch in der paritätischen Zusammensetzung des 8-köpfigen Vorstandes seinen Niederschlag. Jeweils vier Vertreter aus den Gewerkschaften (je zwei aus DGB und dbb) und vier Vertreter aus den wirtschaftlichen Einrichtungen („Einkaufsvorteile & Service“, „Versicherungen“, „Bankdienstleistungen“ und „Bausparen“). Der Vorstand und die Arbeit des DBW sind schon von jeher auf Konsens ausgerichtet. Hollmann erwähnte auch, dass alle Vorstandsmitglieder die Funktion im DBW-Vorstand ehrenamtlich wahrnehmen.

Kernpunkt der Ziele und Aufgaben des Deutschen Beamtenwirtschaftsring ist der öffentliche Dienst. Gemeinsam mit dem privatisierten Dienstleistungssektor umfasst die Zielgruppe des öffentlichen Sektors rund 7 Millionen Menschen, mit Familienangehörigen sind es rund 12 Millionen. Eine beachtliche Größenordnung. Die Beschäftigungszahlen im „klassischen“ öffentlichen Dienst sind zwar in den letzten 20 Jahren um mehr als eine Million zurückgegangen, doch im gleichen Zeitraum ist der sogenannte privatisierte Dienstleistungssektor entstanden und heute auf rund 1,2 Mio. angewachsen. In Summe ist die Zielgruppe des „öffentlichen Sektors“ – wenn auch leicht – sogar angewachsen. Und es liegt auf der Hand, dass die Beschäftigung im öffentlichen Dienst alleine durch das höhere Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger weiter anwachsen wird. Auch die Zahl der Geburten hat sich erhöht und wird zu mehr Arbeitsplätzen in KiTas führen. Nicht zuletzt hat aber auch die Zuwanderung einen Einfluss auf die Beschäftigung im öffentlichen Bereich. Schon im letzten Jahr ist der Personalanstieg im öffentlichen Dienst mit mehr als 43.600 Personen so groß wie lange nicht mehr gewesen. Zum Schluss ihrer Rede dankte Hollmann dem langjährigen Geschäftsführer, Uwe Tillmann, für seine Arbeit und Verdienste um den DBW.

Bei den Wahlen zum DBW-Vorstand wurden auch die beiden Vorstandsvorsitzenden der BBBank, Prof. Dr. Wolfgang Müller und der Debeka, Uwe Laue in ihren Äm-



tern einstimmig bestätigt und gehören damit für weitere zwei Jahre dem achtköpfigen DBW-Vorstand an.

In einem spannenden Vortrag zeigte der deutschlandweit bekannte Experte für Cyberkriminalität, Götz Schartner die Gefahren der Digitalisierung auf. Schartner wies daraufhin, dass Smartphones und Laptops zu unserem Alltag gehören. Ob am Arbeitsplatz oder zuhause, meist ist mindestens eines dieser Geräte in

unserer Nähe. Dabei sind unsere elektronischen Helfer nicht nur praktisch. Sie sind auch anfällig für digitale Attacken. Der Referent und IT-Sicherheitsexperte Schartner weiß, wie Hacker „arbeiten“. Er führte live vor, warum Firewall und Antiviren-Software manchmal nicht ausreichen. Weitere Themen seines Vortrags waren: Computer-Hacking, Smartphone- und WLAN-Sicherheit sowie der richtige Umgang mit sensiblen Daten in sozialen Netzen. ■

[Zurück zur Übersicht](#)

## KURZ & BÜNDIG

### Für Sie zusammengefasst

Bertelsmann-Studie: Schulsystem ist Schüler-Boom nicht gewachsen

*Eine Studie der Bertelsmann Stiftung sagt einen dramatischen Engpass an Lehrkräften und Schulen voraus: Zehntausende Lehrer und Klassenräume fehlten. „Es muss jetzt schnell gehandelt werden“, fordert die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.*

Deutschlands Schulen droht einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge unvorbereitet ein dramatischer Lehrkräfte- und Gebäudemangel. „Nach 15 Jahren kontinuierlichem Rückgang kündigt sich ein Schüler-Boom an. 8,3 Millionen Kinder und Jugendliche werden voraussichtlich im Jahr 2025 in Deutschland zur Schule gehen“, teilte die Stiftung am Mittwoch mit. Die Kultusministerkonferenz war bisher von 7,2 Millionen Schülern ausgegangen. Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe forderte: „Es muss jetzt schnell gehandelt werden.“ Ohne mehr Geld für mehr Lehrkräfte, mehr Fachpersonal, Sanierung und Ausbau von Gebäuden könne das Problem nicht gelöst werden. Die Studie rechnet für das Jahr 2030 mit 4,7 Milliarden Euro höheren jährlichen Bildungsausgaben als heute. Die Gewerkschaftschefin warnte davor, den Lehrkräftemangel auf die Zuwanderung zu schieben. Dass überdurchschnittlich viele Lehrkräfte altersbedingt ausschieden, sei lange bekannt gewesen. Trotzdem hätten die Länder nicht rechtzeitig mehr Geld für die Ausbildung von Lehrkräften in die Hand genommen. „Insbesondere die gravierenden Probleme an den Schulen im Osten sind eine Katastrophe mit Ansage.“ Auch

an Grundschulen, an denen Lehrkräfte 400 bis 600 Euro weniger verdienten als ihre Kolleginnen und Kollegen an weiterführenden Schulen, sei das Problem schwerwiegend. Die GEW verlangt, die Lehrkräfte an allen Schularten gleich zu bezahlen.

#### [Mehr zur Studie der Bertelsmann-Stiftung](#)

Besoldung: Verfassungsgericht betont Leistungsgrundsatz

*Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die Bedeutung und Inhalte der sogenannten hergebrachten Grundsätze für die Beamtenbesoldung unterstrichen. Der Freistaat Sachsen muss wegen eines Verstoßes dagegen seine Gesetzgebung rückwirkend ändern, wie das BVerfG am 7. Juli 2017 mitteilte.*

Nach Art. 33 Abs. 5 des Grundgesetzes ist das Recht des öffentlichen Dienstes „unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln“. Aus diesen hergebrachten Grundsätzen ergeben sich für die Besoldung das Alimantations-, das Leistungs- und das Laufbahnprinzip sowie der Leistungsgrundsatz und das Abstandsgebot. Daraus ergibt sich insgesamt, vereinfacht gesagt, nicht nur das Gebot zur amtsangemessenen Besoldung von Beamten, sondern auch eine notwendige Abstufung zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen. Höherwertige Ämter müssen also mit einer höheren Besoldung verbunden sein. Gegen diese Prinzipien hat der Freistaat Sachsen laut BVerfG verstoßen. Hintergrund ist die Angleichung





der Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten in Sachsen nach der Wiedervereinigung an das Westniveau. Für die unteren Besoldungsgruppen (bis A9) sollte diese Angleichung bis Anfang 2008 abgeschlossen sein, für die darüber liegenden Gruppen (ab A10) erst bis Anfang 2010. Um zu verhindern, dass ein Beamter der Besoldungsgruppe A10 geringere Bezüge als ein vergleichbarer Beamter der Besoldungsgruppe A9 erhielt, wurde vom Land zwar eine Zulage gewährt. Diese galt jedoch nicht, sofern ein A10-Beamter gleich hohe oder geringfügig höhere Bezüge hatte als ein vergleichbarer A9-Beamter. Als Folge dieses Verstoßes gegen die hergebrachten Grundsätze hat das BVerfG den Gesetzgeber in Sachsen verpflichtet, spätestens bis zum 1. Juli 2018 für die Jahre 2008 und 2009 eine verfassungskonforme Neuregelung zu treffen.

[Mehr Informationen zur Entscheidung 2 BvR 883/14, 2 BvR 905/14](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Sachsen-Anhalt: Weihnachtsgeld und Besoldungsanpassung beschlossen

*Mit dem Kabinettsbeschluss vom 11. Juli 2017 führt die Landesregierung das 2005 gestrichene Weihnachtsgeld wieder ein. Daneben soll das Länder-Tarifergebnis inhalts- und zeitgleich auf die Beamten übertragen werden.*

Die Gewerkschaften begrüßten die für die Beamtenschaft in Sachsen-Anhalt positiven Entscheidungen. Kritik übten sie aber an der beabsichtigten Höhe der Sonderzahlung: „Die Mehrheit der Beamtinnen und Beamten soll mit mageren 400 beziehungsweise 600 Euro abgespeist werden. Das kann bestenfalls ein Einstieg zur schrittweisen Anhebung auf die Höhe des Weihnachtsgeldes der Tarifbeschäftigten sein, sagte dbb-Chef Ladebeck“. Der dbb sachsen-anhalt werde sich auch weiter dafür stark machen, dass das Weihnachtsgeld in das Grundgehalt eingebaut wird. ■